



INFORMATIONEN DER EVANGELISCHEN VOLKSPARTEI KANTON BERN

Wem kann man denn noch vertrauen?

Durch die Finanzkrise wird uns bewusst, wie viel Vertrauen wir auf materielle Dinge gesetzt haben. Blindlings gaben wir uns der Illusion einer Wohlstandsgesellschaft hin. Das stetige Wirtschaftswachstum und die astronomischen Gewinnsummen internationaler Konzerne gaben uns Halt.



Monika Wandel

Doch dann wurden erste Gewinneinbrüche in den Medien gemeldet. So richtig eingestehen konnten wir uns damals noch nicht, dass unser Wirtschaftssystem versagt hatte. Als immer neue Schreckensmeldungen folgten und von Milliardenverlusten die Rede war, landeten wir ganz hart auf dem Boden der Realität.

Ein Bekannter von mir formulierte es treffend: «Der Kommunismus ist zusammengebrochen und der Kapitalismus hat ausgedient.» Was bleibt uns da noch? Wir sind mit menschlichem Versagen in unglaublichem Ausmass konfrontiert. Als Gesellschaft müssen wir neu lernen, dass bleibende Werte Nachhaltigkeit bewirken. In Krisenzeiten kommen Vertrauen und Werte auf den Prüfstand. Die Werte der EVP – Glaubwürdigkeit, Verantwortung, Selbstbeschränkung, Wertschätzung, Gerechtigkeit, Frieden, Zielorientierung, Nachhaltigkeit und Solidarität – basieren auf dem Evangelium. Deshalb vertraue ich der EVP, einer Wertepartei.

Monika Wandel, Wabern  
Vizepräsidentin EVP Kanton Bern

Ich politisiere bei der EVP...



Marianne Streiff-Feller

... weil ich dort eine konsequente, lösungsorientierte, auf christlichen Werten basierende Politik vertreten kann.

Marianne Streiff-Feller,  
Präsidentin EVP-Grossratsfraktion

ABSTIMMUNG 17. MAI 2009: KOMPLEMENTÄRMEDIZIN

Zukunft mit Komplementärmedizin

Am 15. September 2005 wurde die Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin» mit 138 724 gültigen Stimmen eingereicht. Sie forderte einen neuen Verfassungsartikel 118a, wonach Bund und Kantone für die «umfassende» Berücksichtigung der Komplementärmedizin im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zu sorgen hätten.

Der Ständerat gab sich weniger grosszügig als der Nationalrat. Er strich den Begriff «umfassend» aus dem Initiativtext und machte daraus einen direkten Gegenvorschlag. Die Initianten zogen daraufhin am 15. Oktober 2008 ihre Initiative zurück. Abgestimmt wird deshalb nur über den Gegenvorschlag. Die Kernforderungen der Initianten bleiben erhalten: Schul- und Komplementärmedizin sollen zusammenarbeiten. Die ärztliche Komplementärmedizin wird in die Grundversicherung aufgenommen. Für nichtärztliche Therapeutinnen und Therapeuten wird es nationale Diplome geben, damit nicht jeder Quacksalber sich einschmuggeln kann. Arzneimittelvielfalt

Manchmal geht es nicht ohne Operation – doch oft sind auch anerkannte sanfte Heilmethoden sinnvoll.



und Selbstmedikation sollen bewahrt, Lehre und Forschung sichergestellt werden. Auch wenn ich gegenüber gewissen Praktiken der Komplementärmedizin kritisch eingestellt

bin, empfehle ich Zustimmung zur Vorlage. Sie lässt neben der weithin beherrschenden Schulmedizin Freiheit für alternative und natürliche, aber wirkungserprobte Behandlungsmethoden. Freiheit in der Wahl der Behandlung muss nicht zu höheren Kosten führen, weil alternative Angebote oft günstiger sind als schulmedizinische. Die Komplementärmedizin stellt sich damit auch der Wirkungsüberprüfung. Sie wird damit transparenter.



Walter Donzé

Nationalrat Walter Donzé

VOTATION POPULAIRE DU 17 MAI

L'avenir avec les médecines complémentaires

L'initiative «Oui aux médecines complémentaires» ayant été retirée le 18 octobre 2008, le peuple est appelé à se prononcer sur le contre-projet qui demande que les médecines complémentaires soient également prises en

compte dans l'assurance de base, pour autant qu'elles soient pratiquées par des médecins au bénéfice d'une formation classique complétée par une formation FMH reconnue.

VOLKSABSTIMMUNG VOM 17. MAI: BIOMETRISCHE PÄSSE

Mehr Sicherheit und Reisefreiheit



Ruedi Aeschbacher

Weltweit führen Staaten moderne Pässe ein, die zusätzliche biometrische Daten enthalten und maschinenlesbar sind. Das erhöht den Schutz vor Passfälschungen



Der Chip ist dreistufig

und erlaubt einfachere und schnellere Einreisen in viele Staaten. In der Europäischen Union sind biometrische Pässe seit 2006 vorgeschrieben. Als assoziiertes Mitglied des Schengen-Abkommens ist die Schweiz verpflichtet, bis am 10. März 2010 biometrische Pässe einzuführen. Darum hat der Bundesrat 2007 die Änderungen des Ausweisgesetzes in die Wege geleitet. Wegen eines Referendums stimmen wir nun am 17. Mai über die Revision ab. Auf einem Datenchip im Pass und zugleich in einer zentralen Datenbank sollen die Foto und zwei Fingerabdrücke gespeichert werden. Damit sind Fälschungen und eine missbräuchliche Verwen-

dung eines Passes, z.B. durch eine andere Person, praktisch ausgeschlossen. Ein gestohlener oder verlorener Pass nützt dem Dieb oder Finder nichts. abgesichert, nur für die zuständigen Behörden lesbar und dient allein zur Identifikation von Personen. Ein Verzicht auf die biometrischen Pässe hätte für unser Land ernsthafte Nachteile. Insbesondere würden wir das Schengen/Dublin-Abkommen verletzen, das für unsere Polizeifindung und Asylpolitik wichtig ist.

Nationalrat Ruedi Aeschbacher

VOTATION POPULAIRE DU 17 MAI

Plus de sécurité et de liberté de voyage

L'introduction du passeport biométrique représente une condition pour la participation de la Suisse aux accords de Schengen que les citoyens ont acceptés en 2005. Grâce à ces accords, notre pays peut bénéficier d'une étroite collaboration avec les forces de justice et de police des Etats européens et bénéficier de la libre circulation avec les autres Etats

d'Europe qui participent à Schengen. De plus, le passeport biométrique est nécessaire pour ceux qui souhaitent voyager aux USA sans visa. Le passeport électronique dans lequel la photographie et deux empreintes digitales sont enregistrées est conforme aux normes internationales et permettra de voyager sans problème à l'avenir également.

Die EVP konnte ihren Stimmenanteil bei den letzten Wahlen kontinuierlich erhöhen und gehört daher zu den steten Wahlsiegern. Dafür sind wir sehr dankbar.

2010 finden die Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Die EVP will die Sitzzahl weiter ausbauen. Dies erfordert einen grossen Effort. Herzlichen Dank für jede Unterstützung!

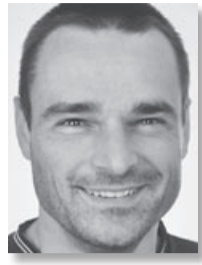
Roland Wyrmann  
Kassier EVP Kanton Bern

**Spendenbarometer**  
Grossrats-/Regierungsratswahlen 2010

Unser Ziel: 150'000.-

aktueller Stand: 12'000.-

## EVP für gesunde Kantonsfinanzen



Ruedi Löffel

Die EVP Kanton Bern warnt in einer Medienmitteilung vor einem finanzpolitischen Damoklesschwert, das dem Kanton trotz ausgezeichnetem Rechnungsabschluss 2008 droht. Die EVP bekämpft darum verantwortungslose

Steuersenkungsforderungen, unterstützt die Anstrengungen der Regierung zur Verhinderung neuer Schulden und warnt den Grossen Rat davor, den neuen Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen als Hintertüre für weitere finanzpolitische Abenteuer zu nutzen.

### Die EVP will ...

... eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik Angesichts der stark verschlechterten Prognosen sieht sich die EVP darin bestärkt, entschieden gegen verantwortungslose Steuersenkungsphantasien und damit gegen neue Schulden zu kämpfen. Dies gilt für die wirkungslose, aber sehr teure Senkung der Handänderungssteuer und weitere Vorschläge, die kaum etwas zur nachhaltigen Stärkung des Kantons Bern beitragen. Es ist der EVP wichtig, dass die Politik ihre Verantwortung sowohl für diese Generation wie für künftige Generationen wahrnimmt. Dazu gehören auch die Stabilisierung der Investitionen auf hohem Niveau und die Umsetzung von Sparmassnahmen in der laufenden Rechnung und im nächsten Budgetprozess.

### ... Familien entlasten

Im Rahmen der Steuergesetzrevision 2011, die zur Zeit in der Vernehmlassung ist, bekräftigt die EVP diese Haltung und schlägt vor, wenn unbedingt Steuersenkungen ins Auge gefasst werden sollen, im Bereich der Familienbesteuerung weitere Verbesserungen anzustreben.

### ... keine steuer- und finanzpolitischen Wagnisse eingehen

Auch wenn die EVP den sehr erfreulichen Rechnungsüberschuss 2008 lieber zur zusätzlichen Schuldentilgung verwendet hätte, unterstützt sie als Kompromiss den Vorschlag der Regierung zur Schaffung eines Fonds zur Deckung von Investitionsspritzen. Das Aufschieben von Investitionen kann grosse Planungsarbeiten vernichten und führt unter dem Strich nie zu echten Einsparungen, sondern teils zu gravierenden Mehrkosten. Der Fonds darf jedoch nicht als Hintertüre für weitere steuerpolitische Wagnisse benutzt werden.

Grossrat Ruedi Löffel

## EVP will in Berner Regierung

Ein Jahr vor den kantonalen Gesamterneuerungswahlen vom 28. März 2010 eröffnete die EVP den Kampf um einen der sieben Regierungsratssitze. An einer vielbeachteten Medienkonferenz an der Sprachgrenze in Biel präsentierte die EVP die zwei vorgesehenen Kandidaten Grossrat Marc Jost aus Thun und Patrick Gsteiger aus Perrefitte bei Moutier.

Marc Jost ist Grossrat und Pfarrer im EGW, Patrick Gsteiger einstiger Sekretär des Bernjurassischen Regionalrats und Ingenieur, der mit seinem Bruder ein eigenes Energietechnik-Unternehmen führt. Jost und Gsteiger wurden von der EVP-Geschäftsleitung vorgeschlagen. Die definitive Nomination wird am 25. April 2009 die Delegiertenversammlung der EVP Kanton Bern in Bern vornehmen.

### Bessere Wahlchancen

Eine bedeutende Änderung am Verfahren für die Wahl der Berner Regierung verspricht Spannung: Die ausseramtlichen, vorgedruckten Wahlzettel, die bisher den beiden grossen politischen Blöcken einen entscheidenden Vorteil verschafft haben, sind nun nicht mehr erlaubt. Das heisst, dass am 28. März 2010 alle Wählerinnen und Wähler die Namen ihrer bevorzugten Kandidierenden von Hand auf den leeren, amtlichen Wahlzettel schreiben müssen. Für die EVP, die seit Jahren – bisher leider erfolg-

los – Proporzahlen fordert, bedeutet dies eine bemerkenswerte Verbesserung der Ausgangslage. Zum ersten Mal überhaupt haben Kandidierende der blockunabhängigen EVP die gleichen Wahlchancen wie die Kandidierenden der «Blockparteien». Die EVP Kanton Bern will die sich bietende Chance packen und steigt mit Ambitionen und zwei profilierten Kandidaten in den RR-Wahlkampf. (weitere Angaben auf [www.evp-be.ch/wahlen2010](http://www.evp-be.ch/wahlen2010))

### Begründeter Sitzanspruch

Ihren Anspruch auf einen Regierungssitz leitet die EVP vom Resultat der Grossratswahlen 2006 ab: Damals traten die drei christlichen Parteien EVP, EDU und CVP – ausser im Berner Jura – flächendeckend mit Listenverbindungen an und erreichten gesamtkantonal einen Stimmenanteil von total 13,88%. Als grösste der drei christli-



Patrick Gsteiger (links) und Marc Jost (rechts).

chen Parteien will die EVP nun diesen Sitz holen. Die Kandidatur und der Anspruch der EVP richten sich nicht gegen eine bestimmte Partei oder gegen ein bisheriges Regierungsmitglied. Die Stimmenanteile der letzten kantonalen Wahlen zeigen aber, dass Links-Grün in der jetzigen Regierung mit einem Sitz übervertreten ist. Die EVP strebt eine ausgewogene Vertretung aller politischen Kräfte an und will damit einen wichtigen Beitrag zu differenzierten und mehrheitsfähigen Lösungen für den Kanton Bern leisten.

## Le PEV Berne présente deux candidats pour l'élection au Conseil-exécutif en 2010

Marc Jost et Patrick Gsteiger devraient être nommés par l'assemblée des délégués qui aura lieu le 25 avril à Berne.

Avec l'interdiction des bulletins de vote non-officiels le PEV BE voit ses chances d'obtenir un siège au gouvernement considérablement augmentées. Il salue cette introduction et présente deux candidats ([www.pev-be.ch/](http://www.pev-be.ch/)

elections2010). En 2006, le PEV, l'UDF et le PDC ont conclu des alliances électorales et obtenu une part électorale de 13,88%. Un siège au gouvernement leur est donc dû et le PEV s'est fixé l'objectif de le conquérir. Avec sa candidature, le PEV souhaite une juste représentation de toutes les forces politiques du canton.

### ZU BESUCH BEI



**Silvia Hykaberger**

Lausanne

In Lausanne besteht seit mehr als drei Jahren eine Koordinationsstelle der EVP Schweiz zum Parteaufbau der EVP in der Romandie.

Die aus dem Bernbiet stammende Silvia Hyka leitet diese wichtige «Scharnierstelle».

Silvia, was sind deine Aufgaben als Coordinatrice romande PEV Suisse?

Wichtig ist die Basisarbeit, sei es das Vorbereiten von Parteigründungen auf kantonaler oder kommunaler Ebene oder das Unterstützen und Beraten in strategischer und finanzieller Hinsicht. Dann bin ich Redaktorin der

«accents» für die Romandie, dem Pendant der «Akzente» für die Deutschschweiz. Neben den allgemeinen Administrationsarbeiten besorge ich Übersetzungen für die EVP Schweiz und hie und da für die «Berner EVP». Wichtig sind auch die vielen Kontakte, damit die PEV in der Romandie wahrgenommen wird.

Du bist für das Gedeihen der PEV im Welschland also mehr als Koordinationsstelle, vielmehr so etwas wie der Motor. Wie kamst du zu dieser Arbeit?

Ein Freund sah das Inserat der EVP Schweiz, dass jemand gesucht wird. Ein vielseitiger 40%-Job im Politikbereich, den ich zudem von zu Hause ausführen kann, war genau das, was ich suchte.

Als Deutschschweizerin bist du am Genfersee gelandet. Wie kam das?

Meine Jugendzeit erlebte ich zwischen Thun und Bern, studierte ein Jahr in Bern Politwissenschaft und absolvierte den Rest des Studiums in Genf. Mit meinem Mann und den drei Kindern wohne ich jetzt in Lausanne. Als Familie fühlen wir uns gut aufgehoben in der «Eglise du Reveil».

Deutschschweizer finden die Schweiz jenseits des Röstigrabens sehr schön, haben aber eher Hemmungen selbst zu erleben,

dass die Romands mindestens so gute Rösti machen wie zu Hause. Wie sind denn die Welschen?

Sie sind sicher je nach Region und Kanton, zwischen Stadt und Land unterschiedlich. Überall gibt es Eigenheiten. Zum Beispiel die Trennung von Kirche und Staat. Fast jeder Kanton hat das anders geregelt. Ich stelle fest, dass in den Freikirchen eher eine Abneigung gegenüber politischen Tätigkeiten vorhanden ist. Da dürfte dank der Arbeit der EVP in der Deutschschweiz mehr Verständnis vorhanden sein. Hier möchte man sich, wenn schon, eher eindeutig sozial oder liberal festlegen. Dass die EVP oft «das Zünglein an der Waage» sein kann, wird oft zu wenig wahrgenommen. Im Waadtländer Grossen Rat macht dies die «Alliance du Centre», in der EVP, EDU und CVP zusammengeschlossen sind und die eine gemässigte Zentrums politik betreibt, erfolgreich.

Silvia, zu dem Zeitpunkt, wo wir dieses Interview machen, stehst du kurz vor der Geburt eures dritten Kindes. Für dieses Ereignis, für die Familie, aber auch für die anspruchsvolle Arbeit wünsche ich dir Gottes Segen, dass dir zu allem Kraft und Weisheit geschenkt werde.

Interview: Peter Wichtermann

## RATHAUSPOST

## Der Steuerabbau im Kanton geht weiter – droht eine Neuverschuldung?

Im Rahmen der Überarbeitung des Gesetzes über die Handänderungs- und Pfandrechtssteuer wollte die bürgerliche Mehrheit der vorberatenden Kommission beide Steuern in einem Wisch abschaffen. Damit hätte der Kanton mit jährlichen Steuerausfällen von 120 Millionen rechnen müssen.



Christine Schnegg

Die EVP half erfolgreich, diese Forderung abzulehnen. Bei der Gesetzesberatung wehrte sich die EVP aber umsonst gegen eine Reduktion der Handänderungssteuer von 1,8 auf 1% des Kaufpreises von Wohneigentum. «Einen Ertragsausfall von 50 Millionen Franken

jährlich kann sich der Kanton angesichts der sich verdüsternden Finanzlage, der sich abzeichnenden Steuerausfälle, einer drohenden Neuverschuldung und der bereits verlangten Steuersenkungen gar nicht leisten», argumentierte Ruedi Löffel vergeblich. «Hier will jemand den Fünfer und das Weggli, und das Weggli, und das Weggli», doppelte Marc Jost nach.

Mit der Streichung der Pfandrechtssteuer und dem tieferen Satz bei der Handänderungssteuer wurde das Gesetz in der ersten Lesung verabschiedet. Es ist zu hoffen, dass sich einige Ratsmitglieder in der Aprilsession bei der zweiten Lesung eines Besseren besinnen.

«Drei von vier Schweizern benutzen regelmässig das Internet. E-Voting bringt der Bevölkerung Vorteile, hilft die Kosten senken – und es ist sicher». Mit diesen Worten pries Reto Steiner seine Motion zur Einführung von E-Democracy an. Abstimmen, Wählen und Unterschriften sammeln soll per Internet möglich gemacht werden. Der Vorstoss wurde nicht in allen Punkten, aber doch teilweise überweisen.

Mehr Erfolg hatte die Forderung von Daniel Steiner-Brütsch. Die Regierung muss sich nun gegen ihren eigenen Willen beim Bund im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens für die Einführung eines Raser-Artikels in der Bundesgesetzgebung stark machen. «Es gibt keine klare Definition des Rasers. Auf Bundesebene sollte Klarheit geschaffen werden, damit die Richter in allen Kantonen den gleichen Massstab anlegen», erläuterte Gerhard Baumgartner die Haltung der EVP-Fraktion. Der Bericht der Regierung über den Finanz-

und Lastenausgleich gab wider Erwarten so viel zu reden, dass wir im Sessionsprogramm arg in Verzug gerieten und die Behandlung etlicher Vorstösse in den April verschoben mussten. In 20 Leitsätzen zeigte der Regierungsrat Optimierungsmöglichkeiten für die Gesetzesrevision 2012 auf. In der Diskussion um zum Teil lokalpolitische Details brachte es Reto Steiner auf den Punkt: «Die EVP will die Stärkung der Gemeindeautonomie und der Lebensqualität im ganzen Kanton. Es braucht den finanziellen Ausgleich zwischen starken Zentren und ländlichen Regionen.»

### «Durch den demografischen Wandel

haben wir in unserem Kanton auch beim Staatspersonal immer mehr ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sehr leistungsfähig wären, sehr viel Wissen hätten, aber aufgrund der Pensionierungsguillotine aufhören müssen zu arbeiten.» Mit diesen Argumenten warb Reto Steiner für seine Motion «Senior-Beratung in der Kantonsverwaltung». Der Vorstoss wurde als Postulat überwiesen.

«Wir sind dankbar, auch positive Meldungen, wie die griffigen Integrationsmassnahmen in Bezug auf den ersten Arbeitsmarkt, zu finden. Es ist anzunehmen, dass sich gerade in diesem

Bereich die Finanzkrise auswirken wird. Der nächste Bericht wird vermutlich schon wesentlich andere Daten aufweisen.» So kommentierte Wilf Gasser den Bericht über die Kontrolle der Kosten in der individuellen Sozialhilfe.

«Eine Familie zu haben gehört in der Schweiz zu den Armutsfaktoren Nummer eins. Die vorliegende Motion soll Abhilfe leisten. Sie soll einkommensschwache Familien aus der Sozialhilfe holen und ihnen ein Einkommen ermöglichen, das zum Leben reicht.» Mit diesen eindringlichen Worten setzte sich Daniel Steiner-Brütsch per Motion für die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien ein. Die Motion wurde vom Rat überwiesen.

Eine Besonderheit in der Januar-Session ist jeweils der Jugendgrosrats-Tag. Über hundert Jugendliche treffen sich zum Gespräch mit Grossrätinnen und Grossräten. Das diesjährige Thema «Lassen sich Probleme mit Verboten lösen?» gab Anlass zu regen Diskussionen. Selbstverständlich wollten auch EVP-Grossrätinnen und -Grossräte den Puls der Zeit fühlen und nahmen an den Gesprächen teil. Ein Gewinn für jede Politikerin und jeden Politiker.

Christine Schnegg

## Personelle Wechsel in Münsingen



Jakob Hasler

Der Münsinger EVP-Gemeinderat Alfred Steiner trat auf Ende 2008 aus persönlichen und familiären Gründen als Gemeinderat zurück.

**Neuer EVP-Gemeinderat** ab 2009 ist **Jakob Hasler**. Der 52-Jährige

ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Kinder. Er ist ausgebildeter Sozialpädagoge und

Elektroingenieur HTL mit eigener Engineering-Firma (Testeq AG) in Münsingen. 2001 initiierte er den Technopark Aaretal in Münsingen, den er auch präsidiert. Seit 2005 ist er Mitglied der Wirtschafts- und Marketingkommission Münsingen. Ein wichtiges Anliegen für ihn ist eine menschen- und umweltverträgliche Wirtschafts- und Unternehmenspolitik.

**Neu** nimmt **Werner Fuchser im Gemeinderat** Einsitz. Er ersetzt Thérèse Rupp, die weiterhin Präsidentin der EVP Münsingen bleibt.

## Frauen in der Politik

**Das EVP-Frauenetzwerk des Kantons Berns gratuliert allen EVP-Frauen, die bei Gemeinderatswahlen im 2008 in die Parlamente, Exekutiven und Kommissionen gewählt oder wiedergewählt wurden und wünscht Ihnen für die politische Arbeit in den nächsten vier Jahren viel Freude, Mut, Durchhaltewille und Gottes Segen.**

**Gewählte Frauen in**

**Bern:** Barbara Streit, bisher (Stadtrat); **Biel:** Franziska Molina, neu (Stadtrat); **Bolligen:** Pia Infanger, bisher, und Esther Müller-Küttel, neu (Kommission); **Burgdorf:** Beatrice Kuster Müller, neu (Parlament); **Heimberg:** Patricia von Känel, neu (Exekutive); **Kirchberg:** Karin Näf-Gugger, neu (Kommission); **Langenthal:** Paula Schaub, bisher, Michèle Rentsch-Ryf, bisher, und Anita Steiner-Thaler, neu (Exekutive und Parlament);

**Meikirch:** Anna Benker, bisher (Exekutive); **Muri-Gümligen:** Ursula Wenger, bisher und Daniela Kempf, neu (Parlament); **Ostermündigen:** Ursula Norton, bisher, Renate Bolliger, bisher, und Rahel Wagner, bisher (Exekutive und Parlament); **Spiez:** Ursula Erni-Reusser, bisher, Anna Fink-Eggenberger, neu (Exekutive und Parlament); **Worb:** Mirja Zimmermann-Oswald, neu (Parlament); **Zollikofen:** Anita Reichenbach, bisher, und Myrta Hubacher, neu (Parlament).

Auch 2009 finden wieder in etlichen Berner Gemeinden Erneuerungswahlen statt. Das EVP-Frauenetzwerk Kanton Bern ermutigt Frauen zur Kandidatur: Meldet Euch bei euren Ortsparteivorständen, damit ihr aktiv werden könnt. Die Politik benötigt Frauen, um die künftigen Aufgaben zu lösen.

Für das Frauenetzwerk: Beatrice Kuster Müller

## Neue Gemeinderätin in Buchsi



Katja Schenkel

EVP-Gemeinderat Matthias Hügli trat per Ende 2008 aus dem Gemeinderat von Münchenbuchsee zurück. Sein Stellenwechsel zum Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund und eine intensive Weiterbildung haben den Vorsteher des Schulressorts zu diesem Schritt bewegt. Für eine seriöse Weiterführung der Aufgaben bliebe ihm zu wenig Zeit.

Seine Nachfolge hat **Katja Ursina Schenkel** angetreten. Sie ist seit fünf Jahren Mitglied des Grossen Gemeinderates und hat diesen 2007 präsidiert.

Grossrat Ruedi Löffel, der auf dem ersten Ersatzplatz war, verzichtet nach Abwägen aller Vor- und Nachteile auf das Nachrücken. Er will sich im Moment ganz auf die kantonale Politik konzentrieren, wo er vor allem in Finanz- und Suchtfragen stark engagiert ist. Zudem ist er seit kurzem Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Tabakprävention.

## 30 Jahre EVP Nidau

**Dieses Jahr feiert die EVP Nidau ihr 30-jähriges Bestehen. Ortsparteipräsident und Grossrat Philippe Messerli betonte an der Generalversammlung 2009, dass sich die EVP als feste Grösse in der Nidauer Politik etabliert hat.**

«Die differenzierte und profilierte Position der EVP als Mitte-Partei zahlt sich aus», erklärt Philippe Messerli den Erfolg der EVP. Die Menschen hätten genug von der Polarisierung und von Grabenkämpfen zwischen links und rechts. Gefragt sei eine lösungs- und wertorientierte Politik. Gerade vor dem Hintergrund der Finanz- und Identitätskrise der westlichen



Philippe Messerli

Gesellschaften gewinnen die christlichen Werte nach Messerlis Überzeugung mehr und mehr an Bedeutung. Wenn tragende Werte wie Verantwortung, Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Solidarität oder Selbstbeschränkung fehlten, geriete Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf Abwege.

Die Ortspartei Nidau will bei den nächsten Wahlen einen dritten Stadtratssitzes und damit Fraktionsstärke erreichen und strebt auch einen Sitz im Gemeinderat an.

## L'entreprise Delmeco SA



L'entreprise Delmeco SA, spécialisée dans la fabrication d'outils de coupe en métal dur de petites dimensions, emploie une douzaine de personnes à Court dans le Jura bernois. Denis Loetscher, son dynamique fondateur, nous parle de son activité de dirigeant de PME et de son management basé sur les valeurs bibliques.

**Quels types de produits fabriquez-vous et qui sont vos clients?**

Nous produisons des outils qui seront utilisés pour des usinages complexes sur des machines telles que décolleteuses et centres d'usinage. Nos outils de coupe en métal dur sont adaptés aux besoins des clients, auxquels nous offrons réellement un service et un conseil personnalisés. Un délai court, entre le développement et la livraison, est un des atouts de Delmeco SA ([www.delmeco.ch](http://www.delmeco.ch)). Nous fournissons nos produits dans les domaines de l'horlogerie, de l'automobile et de la micromécanique, principalement en Suisse mais aussi dans les pays européens limitrophes, aux USA et en Asie.

**En tant que chrétien, pratiquez-vous une politique commerciale différente?**

Je considère mon entreprise comme un bien qui m'a été confié par Dieu et que je dois administrer et faire fructifier selon mes convictions. Je tiens à des relations d'affaire transparentes, honnêtes et équitables, refusant toute activité commerciale opaque voire illicite. J'ai l'avantage de collaborer et d'être épaulé par quelques membres de ma famille, aux niveaux administratif et technique. Nous mettons l'aspect humain au premier plan dans nos contacts avec nos collaborateurs, nos clients et nos fournisseurs. En fonction de mes convictions et depuis plusieurs années, je suis membre de l'association des

Entrepreneurs Chrétiens Suisses ECS ([www.cgs-net.ch](http://www.cgs-net.ch)), véritable plateforme qui favorise le réseautage et des échanges d'expériences enrichissants. Je suis également membre de la Chambre Internationale Chrétienne de Commerce ICC (www.iccc.ch) dont le but est d'apporter des valeurs et des principes bibliques dans l'économie et la politique. Je participe aux réunions du groupe régional au travers duquel je trouve l'occasion de partager et de recevoir des conseils.



**Etes-vous actuellement touchés par la crise?**

Nos commandes ont effectivement diminuées de manière significative, notamment dans le secteur de l'automobile et nous avons été contraints d'introduire le chômage partiel. Le domaine de l'horlogerie continue de nous apporter du travail et nous cherchons à développer des outils destinés à être utilisés pour usiner des matériaux modernes, comme le titane ou certains alliages très difficiles à travailler, afin de trouver de nouveaux débouchés.

Interview: Patrick Gsteiger, PEVJB

### Zusammenfassung

Denis Loetscher leitet das von ihm gegründete Feinmechanik-Unternehmen Delmeco AG ([www.delmeco.ch](http://www.delmeco.ch)) in Court (BE) mit einem Dutzend Beschäftigten. Es beliefert mit seinen kleinen und robusten Teilen Uhren-, Automobil- und Mikromechanik-Firmen. Im oben stehenden Interview erklärt er, dass er als überzeugter Christ das Unternehmen als von Gott anvertraut verwalten will und den menschlichen Aspekt in allen Geschäftsbeziehungen in den Vordergrund stellt. Auf Grund seiner Überzeugungen ist er Mitglied der Christlichen Geschäftsleute Schweiz ([www.cgs-net.ch](http://www.cgs-net.ch)) und der ähnlichen Gruppierung ICC. Dies ermöglicht ihm wertvolle und bereichernde Kontakte. Die gegenwärtige Krise hat zu einem Bestellungenrückgang v.a. aus der Autoindustrie geführt. Diese wird mit Kurzarbeit überbrückt; gleichzeitig werden aber Absatzkanäle für neue Spezialitäten etwa aus zukunfts-trächtigen Materialien wie Titan gesucht.

## Warum ich bei der EVP politisiere



*Ich engagiere mich in der EVP, weil mehrheitsfähige Lösungen in der politischen Mitte zu finden sind. In der EVP erlebe ich eine grosse Meinungsfreiheit und die Möglichkeit, auch mal eine freche, unkonventionelle politische Idee einzubringen.*

Daniel Steiner-Brütsch  
Grossrat und Stadtrat EVP, Langenthal

## Bewährten Werten Nachachtung verschaffen

Die EVP begrüsst das vom nationalen Parlament gutgeheissene Konjunkturpaket II. Nicht abgeschlossen ist für sie die Aufarbeitung der Finanzkrise. «Bevor der Finanzwirtschaft nicht neue Regeln verpasst worden sind, dürfen wir nicht zur Tagesordnung zurückkehren», betont EVP-Nationalrat Walter Donzé. Entscheidend ist für die EVP, dass bewährten Tugenden wie Verantwortung, Nachhaltigkeit oder Genügsamkeit wieder nachgelebt wird. Die EVP begrüsst das im internationalen Vergleich moderate Konjunkturpaket, besonders die vorgeschlagenen zusätzlichen Ausgaben, die rasch wirken und vorübergehend die Konjunktur stimulieren. «Sie müssen allerdings in sinnvolle Infrastrukturvorhaben fliessen, die einen hohen Wertschöpfungsanteil in der Schweiz aufweisen», betont EVP-Nationalrat Walter Donzé. Ebenfalls unterstütze die EVP Massnahmen, welche den erneuerbaren Energien zukommen, weil sich diese Investitionen schon bald auszahlen werden und zudem die Handelsbilanz entlasten. Reine Konsummassnahmen hingegen seien zu wenig effizient und würden deshalb von der EVP nicht unterstützt. Auch die Absicht des Bundesrates, die

Exportwirtschaft mit einem erleichterten Zugang zur Exportrisikoversicherung zu stärken, sei in der jetzigen Phase zu begrüssen. «Dabei dürfen aber ethische Grundsätze wie faire Handelsbeziehungen oder die Respektierung von Menschenrechten und Umweltauflagen nicht auf der Strecke bleiben», meint Nationalrat Walter Donzé und erinnert an seine Motion, mit der er entsprechende Standards für die Schweizer Exportförderung verlangt hat. Trauriges Beispiel dazu ist der Illisu-Staudamm, bei dem die Türkei weit davon entfernt ist, die Auflagen in Sachen Umsiedlung, Umwelt und Kulturgüter zu erfüllen. «Es darf nicht sein, dass die Exportrisikoversicherung Projekte unterstützt, die schwere Mängel bezüglich Ökologie und Menschenrechte aufweisen», bekräftigt Nationalratskollege Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) Donzés Bedenken.



Walter Donzé

Nik Hari

### ANZEIGE

**www.livenetch**  
...belebt!

News • Agenda • Forum  
Gebet • Jobs • Kontakte  
Adressen • Webhosting

Livenet.ch – Internetportal für engagierte Christen  
Jesus.ch – Infoseite für am Glauben Interessierte

**EVP-Politiker/innen sind auf allen politischen Ebenen aktiv gewesen. Nachfolgend eine Auswahl von Vorstössen und Aktivitäten der letzten Monate:**

## VORSTÖSSE IM NATIONALRAT

### Kein Israel-Bashing an UN-Konferenz

Die UN-Konferenz gegen Rassismus von Ende April in Genf soll einmal mehr für ein Israel-Bashing und ein Kritikverbot am Islam missbraucht werden. Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) verlangt vom Bundesrat, dass sich die Schweiz gegen diese Pläne wehrt.

### Ethikgütesiegel für Unternehmen

Mit einer Motion fordert Walter Donzé die Einführung eines Ethikgütesiegels für Unternehmen.

### \*jevpc kämpft für Schuldenfreiheit

Drei Vorstösse reicht Donzé für die \*jevpc ein: mit einer Motion will die Jungpartei die Höchstdauer für Kleinkredite für unter 25-Jährige von 36 auf 24 Monate herabsetzen. Eine zweite Motion hat eine obligatorische Versicherung gegen Arbeitsplatzverlust und Arbeitsunfähigkeit bei Konsumkrediten zum Ziel. Schliesslich will Donzé vom Bundesrat wissen, ob der mit 600 000 Franken subventionierte Sex- und Gewaltfilm «Räuberinnen» die Kriterien des Filmgesetzes erfülle oder zu Unrecht gefördert worden sei.

### 0,5% für die Entwicklungshilfe

Donzé will den Bundesrat dazu bewegen, die vom Parlament verlangte Zusatzbotschaft für die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,5% des Bruttonationaleinkommens noch in diesem Jahr zu unterbreiten.

### Raschere Asylverfahren

Die überlangen Verfahren führen dazu, dass Asylsuchende bis zu einem rechtskräftigen Negativentscheid und dem Vollzug der Ausweisung mitunter recht gut integriert sind. Das gilt erst recht für ihre Kinder, die hier zur Schule gehen und ihr Heimatland kaum mehr kennen. Ruedi Aeschbacher ersucht deshalb den Bundesrat, die Verfahren erheblich zu beschleunigen.

### Ein EVP-Anliegen wird salonfähig

Noch bevor der Bundesrat am 13. März sein Einlenken beim Bankgeheimnis signalisierte, reichte Ruedi Aeschbacher eine Interpellation unter dem Titel «Steuerbetrüger und Steuerhinterzieher schädigen den Staat gleichermassen» ein. Er verlangt darin vom Bundesrat, künftig Rechtshilfe sowohl bei Steuerbetrug wie auch bei Steuerhinterziehung zu leisten.

### SMS während dem Fahren?

Die neue Dienstleistung «Carmessage» ermöglicht es Autofahrenden, mit den Lenkenden anderer Fahrzeuge per SMS in Kontakt zu treten. In einer Interpellation fragt Aeschbacher den Bundesrat, ob er angesichts solch neuartiger Dienste die Bussen für das Telefonieren und SMS-Schreiben während der Fahrt erhöhe.

## AUS BUND UND KANTONEN

### EVP feiert 90-Jahr-Jubiläum

Mitte März feierte die EVP Schweiz anlässlich ihrer 90. ordentlichen Delegiertenversammlung in Baden ihr 90-jähriges Bestehen. 1919 wurde die EVP als erste schweizerische Volkspartei von einer Gruppe christlich orientierter Männer in Brugg gegründet. Die neue Partei sollte sich auf der Basis protestantischer Werte für die Menschen und nicht für eine Ideologie einsetzen. Seitdem prägen christliche Werte und eine menschliche Politik die Arbeit der Mitte- und Wertepartei.

### Volk äussert sich zur Waffenproblematik

Die Volksinitiative «Schutz vor Waffengewalt» ist zustande gekommen. Sie wird von EVP-Präsident Heiner Studer und der \*jevpc unterstützt.

### KMU-Forum «Wertvolle Wirtschaft»

Am 25. April lädt die EVP Schweiz in Olten zum ersten KMU-Forum unter Mitwirkung von Prof. Dr. Hans Ruh, Nationalrat Ruedi Aeschbacher und Unternehmer Markus Wenger. Infos unter [www.evppcv.ch](http://www.evppcv.ch) > Aktuell > Termine.

### Umzug der EVP Schweiz

Die EVP Schweiz wird ihr Sekretariat per 1. September 2009 nach Bern verlegen. Die EVP Kanton Bern wird mit der EVP Schweiz ebenfalls ein Büro an der Nägeligasse 9 beziehen.

### Rücktritt von Lilian Studer

Nach fünf Jahren gibt Lilian Studer (AG) das Präsidium der \*jevpc Schweiz ([www.jevpc.ch](http://www.jevpc.ch)) an Roman Rutz (SG) und Sara Fritz (BL) weiter. Beide sind seit der Gründung im 2004 im Vorstand der Jungpartei.



### EVP-Vorstoss zieht Kreise

Ein EVP-Vorstoss für die Unterstützung von Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, zieht unterdessen in den Kantonen seine Kreise. Ursprünglich im September 2008 von Wilf Gasser und Marianne Streiff im Berner Grossen Rat eingereicht, übernimmt ihn Grossrätin Esther Gebhard im Kanton Aargau. Im Februar 2009 lancieren Walter Schoch und Johannes Zollinger die Idee im Zürcher Kantonsrat. Schliesslich setzt sich Landrätin Elisabeth Augstburger im Kanton Baselland für das Anliegen ein.

### Für gesunde Staatsfinanzen

Die EVP wehrt sich in den Kantonen Bern und Zürich gegen Steuersenkungen. Steuergeschenke für die Reichsten seien unangebracht und ein weiterer Anstieg der Schuldenberge unbedingt zu vermeiden.

### Ja zum Bildungskleeblatt

Die EVP Kanton Aargau stimmt dem sogenannten Bildungskleeblatt zu. Es beinhaltet die Einführung der Basisstufe, eine neue Oberstufe, freiwillige Tagesstrukturen und eine Lektionenzuteilung mit Sozialindex.

### Sparsame Energiepolitik

In ihrer Stellungnahme zum kantonalen Energiegesetz spricht sich die EVP Kanton Bern für eine sparsame und nachhaltige Energiepolitik aus (vgl. [www.evp-be.ch](http://www.evp-be.ch)).

### Berner EVP will Lehrstuhl für Palliative Care

Die EVP Kanton Bern verlangt einen Lehrstuhl für Palliative Care an der Universität Bern.

### Illegale Suizidbeihilfe?

9700 Franken koste ein Suizid laut ihrem Chef Ludwig Minelli bei der Sterbehilfeorganisation Dignitas. Ob da der Tatverdacht der gewerbmässigen Suizidbeihilfe nicht längst gegeben sei, fragen die Zürcher EVP-Kantonsräte Walter Schoch, Johannes Zollinger und Peter Ritschard.

## WAHLEN IM 2009

### Grossratswahlen im Aargau

Bei den Aargauer Grossratswahlen verliert die EVP einen Sitz und kommt neu auf sechs Mandate. Nicht bestätigt wurde der bisherige Bernhard Wernli aus dem Bezirk Zofingen, wiedergewählt wurden Roland Bialek, Martin Bhend, Sämi Richner, Lilian Studer, Esther Gebhard und Hansruedi Mettler. Der EVP-Wählendenanteil betrug 4,5%.

### Solothurner Kantonsratswahlen



René Steiner

Im Kanton Solothurn wird René Steiner wieder in den Kantonsrat gewählt. Die EVP hat dabei ihren Wähleranteil auf 2% verdoppeln können. Ende Januar wurde eine neue Amteipartei in Solothurn-Lebern gegründet.

### Wahlen in Gemeindeexekutiven

Mit überwältigendem Mehr ist die bisherige Vizepräsidentin und Fürsorgevorsteherin Marianne Heimgartner zur Gemeindepräsidentin von Bauma (ZH) gewählt worden.



Werner Liechti

Ruedi Mösch setzt sich in einer Kampfwahl zum Gemeinderat von Dürrenäsch (AG) durch. In Salmisach (TG) wird Walter Kradolfer neu in den Gemeinderat gewählt. Werner Liechti wird Gemeinderat in Heimenhausen (BE).

### Kandidatur für Stadtregierung

In Winterthur kandidiert der dynamische EVP-Parlamentarier Nik Gugger ([www.nikgugger.ch](http://www.nikgugger.ch)) bei den Wahlen 2010 für die Stadtregierung. Der Mittpolitiker ist seit 2002 Mitglied des Stadtparlaments.

## Abstimmungsempfehlungen

**Die Delegierten der EVP Schweiz sagen ja zur Einführung biometrischer Pässe und zur massvollen Berücksichtigung der Komplementärmedizin. Über die beiden Vorlagen stimmt das Schweizervolk am 17. Mai 2009 ab.**



**Einführung biometrischer Pässe und Reisedokumente  
JA (sehr grosse Mehrheit)**

EVP-Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) betonte, dass die Einführung biometrischer Pässe eine Voraussetzung für die Teilnahme der Schweiz an den Schengen-Abkommen sei, denen die Stimmberechtigten 2005 zugestimmt haben. Dank Schengen kann die enge Zusammenarbeit von Justiz- und Polizeikräften, die Verhinderung von Mehrfachgesuchen im Asylbereich, aber auch der erleichterte Reiseverkehr mit den anderen Schengen-Staaten in Europa weitergeführt werden. Die neuen Pässe sind zudem fälschungssicherer, erleichterten

den grenzüberschreitenden Reiseverkehr und ermöglichten die Identifikation von Opfern von Naturkatastrophen. In der Diskussion wurde bemängelt, dass die neuen Pässe flächendeckend eingeführt werden und die Bürgerinnen und Bürger nicht auf freiwilliger Basis zwischen einem biometrischen und einem normalen Pass wählen können.

**Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin»  
JA (grosse Mehrheit)**

Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) erläuterte den Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin»: bei Annahme hätten Bund und Kantone die Komplementärmedizin zu berücksichtigen, jedoch nicht mehr «umfassend», wie das die Initiative noch gefordert hatte. Die Komplementärmedizin soll nur in die Grundversicherung aufgenommen werden, wenn sie von Schulmedizinern mit einer von der FMH anerkannten Zusatzausbildung praktiziert wird.

## EVP KANTON FREIBURG

## Glaube und Politik mit Prominenz



Daniel de Roche

Im März fand in Bulle (FR) ein Podiumsgespräch über Glaube und Politik statt. Eingeladen hatten die reformierte und die katholische Kirchgemeinde. Unter Leitung von Radiojournalist Michel Kocher von Radio Suisse Romande diskutierten Christian Levrat (SP),

Jean-Pierre Graber (SVP), Jean-Paul Glasson (FDP) und Daniel de Roche (EVP). In einem ersten Teil erzählte jeder Politiker wie er zum Glauben und zur Politik steht. Dabei kamen unterschiedliche Erlebnisse und Aspekte zur Sprache. Für Levrat war der Religionsunterricht bei Bischof Bernard Genoud wichtig, für Graber war der persönliche Glaube und das politische Engagement immer zentral im Leben. Glasson war in seiner Jugend kommunistisch und

atheistisch, fand aber in reiferen Jahren zum Glauben. EVP-Grossrat de Roche betonte, dass er sich ein Glaubensleben ohne politisches Engagement nie vorstellen konnte. In einem zweiten Teil stellten die Politiker ihre politischen Positionen zum Asylwesen, zur Drogenpolitik und zur Minarett-Initiative dar. Vor allem diese Initiative gab viel zu reden. Sie wurde von allen vier Politikern abgelehnt. Die wohl interessanteste Frage kam aus dem Publikum. Wendet sich die Politik und der Glaube an denselben Menschen? Die Antwort der Podiumsteilnehmer war eindeutig. Nein, die Politik hat es immer mit einer relativen Wahrheit zu tun. Der Glaube sucht nach ewigem Leben und letztgültigen Werten und Wahrheiten. Der Abend brachte die Politiker von ihrem hektischen Alltagsgeschäft zu tieferen und ruhigeren Fragen und Antworten.

EVP Kanton Freiburg

## AUGENBLICK

## Aus der Krise ins Vertrauen

**In den vergangenen Wochen wurde das Vertrauen vieler Menschen erschüttert. Im Nachgang der Bankenkrise ist nichts mehr so wie es war. Vertrauen ist dem Misstrauen gewichen. Angeblich gebotene und als selbstverständlich angenommene finanzielle Sicherheit wurde von einem Tag auf den andern zerstört.**

Viele haben viel verloren und leiden an den Folgen. Das Vertrauen in Geldinstitute, die Landesregierung und den Staat ist stark angeschlagen. Die Betroffenen und die Medien suchen nach Schuldigen. Egozentrisches Machtstreben, verbunden mit unverschämtem Gewinnanspruch, haben eine Krise ausgelöst. Das grenzenlose Raffens kommt auch im altbekannten Sprichwort zum Ausdruck: «Je mehr man hat, je mehr man will.»

Auch in Sachen Bankgeheimnis war unser Land bis anhin «vertrauenswürdig». Grosse Summen an ausländischem Vermögen wurden in unserem Land angelegt und durch die Anleger dem Fiskus ihres Herkunftslandes entzogen. Plötzlich ist unsere Schweiz nicht mehr vertrauenswürdig, wird angeprangert und mit Sanktionen bedroht. Das Vertrauen wird aufs höchste strapaziert und in Frage gestellt. Man spricht von Krise! Schuldzuweisungen werden herumgeboten, bringen uns aber nicht weiter. Jede Krise bietet aber auch Chancen. Als ehemaliger Angehöriger der Feuerwehr ist mir der Grundsatz des Atemschutzgeräteträgers im schwierigen Ernstfalleinsatz in Erinnerung geblieben: «Stehe still und sammle dich.» Das heisst – umgeben von dichtem Rauch, wo die Sichtverhältnisse gleich null sind – anhalten und sich neu orientieren. Neuorientierung könnte auch heissen sich auf die christlichen Werte aus biblischer Sicht zu erinnern wie:

Ehrlichkeit, Verantwortung, Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Frieden. Was bedeuten uns diese Werte auch in Zeiten von Krisen? Ich denke, dass dies Voraussetzungen sind, um überparteilich die politisch anstehenden Probleme anzugehen und nach Lösungen zu suchen. Jederzeit und gerade jetzt ist ein Neubeginn möglich, weil Gott uns Menschen immer wieder diese Chance anbietet. Setzen wir unser Vertrauen auf Ihn, so wie es in Psalm 118, Vers 9 steht: «Es ist besser auf den Herrn zu vertrauen, als sich auf Menschen zu verlassen.»

Gerhard Baumgartner, Kantonalpräsident EVP



Gerhard Baumgartner

## IMPRESSUM

[www.evp-be.ch](http://www.evp-be.ch), [www.pev-be.ch](http://www.pev-be.ch)  
[evp.kanton.bern@schweiz.org](mailto:evp.kanton.bern@schweiz.org)

**Jahresabonnement:** Mitglieder: Fr. 5.-; Freunde/Gönner: Fr. 3.-; Postscheck 30-20312-1 (EVP)

**Redaktionsadresse:** Dieter Rohrbach, Aussenmattweg 15, 3714 Frutigen, Tel. 033 534 02 57, E-Mail: [rohrbachfamily@vtxmail.ch](mailto:rohrbachfamily@vtxmail.ch)

**Inserate:** Gallus Tannheimer, E-Mail: [gallus.tannheimer@parl.ch](mailto:gallus.tannheimer@parl.ch)  
Verlangen Sie unsere Mediendaten.

**Gestaltung:** Ernst Josi, Frutigen; Druck: Jordi, Belp

**Adressänderungen:** Bitte möglichst schriftlich melden an Werner Rieder, E-Mail: [werner.rieder@evppcv.ch](mailto:werner.rieder@evppcv.ch), Tel. 044 272 71 00.

**Geschäftsstelle:** EVP des Kantons Bern, Postfach 294, 3000 Bern 7. Tel.: 031 352 60 61

**Öffnungszeiten:**  
Di: 09.00–12.00; 14.00–18.00, (20.00–22.00 für Ortsparteien)  
Mi: 09.00–12.00; 14.00–16.00  
Do: 14.00–18.00

